

-b. b.- GEMÜNDEN. „Wie sehen Sie ihre Rolle als Friedensinitiative, was erwarten Sie von der Polizei? Wie sieht die Polizei ihre Aufgabe und was erwartet sie von den Mitgliedern der Friedensinitiative?“ Die Fragestellung war unmißverständlich und die „Frontenstellung“ war schon vorher klar. Allerdings konnte man nicht von „Fronten“ im Sinne von Krieg sprechen beim ersten Informationsgespräch zwischen Mitgliedern der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück und Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei des Rhein-Hunsrück-Kreises.

Pfarrer Mork, evangelischer Geistlicher aus Gemünden, der nebenamtlich als Polizei-Pfarrer für die seelsorgerische Betreuung von Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz tätig ist, hatte beide „Parteien“ zu einem Gespräch an einen Tisch gebeten. Es wurde eine ruhige, sachliche Aussprache trotz der äußerst gegensätzlichen Interessenlage.

„Ich habe furchtbare Angst vor einem Atomkrieg und überhaupt keine Angst zum Beispiel vor einer Auseinandersetzung mit der Polizei“, stellte Jutta Dahl aus Bell, Pfarrersfrau und Mutter von zwei Kindern fest. „Ich habe die Hoffnung, daß wir bei unserem Widerstand gegen die Anhäufung von mörderischen Waffen möglichst viele Leute gewinnen, daß ein politisches Umdenken stattfindet. Wenn zum Beispiel rund 30 Millionen Bürger in der Bundesrepublik gegen die Stationierung von Atomwaffen protestieren, können schließlich nicht etwa 500 Regierende anders entscheiden.“

Helmuth Jordan aus Holzbach ergänzte die Aussage von Jutta Dahl mit der Feststellung: „Wir wollen nicht demolieren und keinen körperlichen Widerstand leisten gegenüber Polizeibeamten.“

Polizeirat Münster bestätigte dies nach den bisher gesammelten Erfahrungen bei Demonstrationen der Friedensinitiative im Hunsrück. Münster: „Bis jetzt haben Sie eine Linie gezeigt, die absolut im Einklang ist mit der uns gestellten Aufgabe.“

Alle Gesprächsteilnehmer waren sich darin einig, daß man nicht mit Gewalt einen „heißen Herbst“ vor dem Hintergrund der amerikanischen Stationierungspläne von Atomraketen unter anderem auch im Hunsrück „herbeireden sollte“.



Eine seltene Gesprächsrunde traf sich auf Einladung von Pfarrer Mork im evangelischen Gemeindehaus in Gemünden. Mitglieder der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück sprachen mit Polizeibeamten aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis über Möglichkeiten und Gefahren bei Demonstrationen gegen die Stationierung von Atomwaffen im Hunsrück.

Foto: Dupuis

HZ 09.07.1983

Frieden, Demonstranten, Polizei...

Eine ungewöhnliche Gesprächsrunde

Selbst bei Maßnahmen, die zwar nach der Rechtsprechung als Anwendung von Gewalt (zum Beispiel die Blockierung von Straßen, Einfahrten usw. durch eine lebende Mauer von Demonstranten) definiert sind, würden seine Beamten sicherlich nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel handeln. Dies bedeute, daß man nicht mit Schlagstöcken und Wasserwerfern

auf die Demonstranten losgehe, sondern sie vielleicht wegtrage.

Daß dennoch die Gefahr einer Eskalation durch Fehlverhalten einzelner bestehe, konnten und wollten beide Seiten nicht ausschließen.

Münster appellierte an die Anwesenden, auch mit auswärtigen Friedensgruppen, die später eventuell anreisen, Kontakt aufzunehmen und sie zu einem „gewaltfreien Widerstand“ zu animieren. Wörtlich stellte der Polizeirat fest: „Wir, die Polizei, agieren nicht, wir reagieren. Das heißt: so wie sich das Geschehen am Ort gestaltet, so gestalten sich auch unsere Maßnahmen!“

Eine Einigung des Demonstrationsrechtes, so argumentieren die Mitglieder der Friedensinitiative, bringe nur zu-

sätzliche Gefahr mit sich, daß Bürger, die im Grunde aus innerer Überzeugung für Frieden und Freiheit eintreten, letztlich durch verschärftes geltendes Recht zu Gesetzesbrechern gemacht würden.

Landrat Dr. Jäger, der später zur Gesprächsrunde dazustieß, versicherte, daß der Einsatz der Polizeikräfte auch dann, wenn Beamte eingesetzt würden, die nicht aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis kommen, ganz klar in der Zuständigkeit der Kreisverwaltung und ihrer Vollzugspolizei fielen und damit die Kommando-Gewalt über die Einsatzkräfte bei Polizeirat Münster und ihm als zuständigen Landrat läge. Polizeirat Münster schloß allerdings nicht aus, daß, wenn die Demonstrationen einen Umfang annähmen, der den Einsatz von ganzen Hundertschaften — möglicherweise auch aus Nachbarländern — notwendig mache, die Möglichkeit bestehe, daß eine übergeordnete Stelle das Kommando übernehme. Soweit — so hoffen beide Seiten — sollte es jedoch nicht kommen.

Eine klare Absage gab es insbesondere von den anwesenden Mitgliedern der Hunsrücker Friedensgruppen an jene Gruppen, die vom Frieden reden, aber letztlich nur Gewalt ausüben, die „Randale machen“ wollen.

„Üben Sie ihr Demonstrationsrecht aus, wir werden Sie dabei schützen, aber distanzieren sie sich deutlich von Gewalttätigkeiten, dann kommen wir sicherlich bestens miteinander aus“, versicherte am Ende des fast dreistündigen Gesprächs der höchste anwesende Polizeibeamte.

Von seiten der Friedensinitiative kam der Wunsch nach einem erneuten Gespräch dieser Art etwa im Herbst dieses Jahres. Dann kann man schon auf Erfahrungen aufbauen, die man bis dahin gesammelt hat; zum Beispiel bei der Aktion der Friedensinitiative am morgigen Sonntag im „Wüschheimer Faas“.

Beim ersten Gespräch war wohl das Wichtigste, einmal im direkten persönlichen Gedankenaustausch die gegenseitigen Standpunkte auszutauschen und dabei — so drückte es Pfarrer Mork in seinem Schlußwort aus — „zu sehen, daß auf beiden Seiten Menschen stehen, die mit ihrer Sache verbunden sind“.